

das Proletariat nicht imstande, dem faschistischen Angriff Widerstand zu leisten, sagt Wels. Genau dieses Argument kann man täglich in der «Arbeiter-Zeitung» lesen. Doch woher kam die Arbeitslosigkeit? Die Arbeiter sind doch nicht freiwillig in die Arbeitslosigkeit gegangen! Nein, die Arbeiter wurden entlassen, von den Kapitalisten entlassen. Um des Profites willen haben die Kapitalisten einen Teil der Arbeiter auf Pfahle geworfen, dem anderen Teil aber die Löhne gesenkt, die Arbeitsleistung erhöht. Die Arbeitslosigkeit ist also herbeigeführt durch bewußtes Handeln der Kapitalisten im Interesse des kapitalistischen Profites.

Was haben dagegen SPD und die von ihr geführten Gewerkschaften getan? Haben sie einen ersten Kampf geführt gegen die Entlassungen? Haben sie einen ersten Kampf geführt für Arbeit den Arbeitslosen auf Kosten der Kapitalisten? Haben sie einen ersten Kampf geführt gegen den Lohnraub? Haben sie einen ersten Kampf geführt gegen die Steigerung der Arbeitsleistung, gegen die Steigerung der Ausbeutung, gegen die kapitalistische Rationalisierung? Hat die SP, haben die von ihr geführten Gewerkschaften der fortgesetzten kapitalistischen Offensive einen ersten Kampf entgegengesetzt? Nein, die SP hat in Wirklichkeit mit den Unternehmern «zusammengearbeitet»! Niemals hätte die Bourgeoisie die Entlassungen, die Lohnraubereien, die Steigerung der Ausbeutung durchführen können, wenn SP und Gewerkschaften ernstlich die Arbeiter dagegen in den Kampf geführt hätten! Aber keine Partei, deren Grundlinie ist die Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, gegen die Bourgeoisie überhaupt kämpfen! Die SP will mit der Bourgeoisie zusammenarbeiten, das heißt mit anderen Worten, sie will gegen die Bourgeoisie nicht kämpfen. Die SP kämpft gegen die Bourgeoisie überhaupt nicht. Sie schwindelt da und dort Scheinkämpfe vor, um die Arbeiter hinter sich zu halten. Aber dadurch werden die Arbeiter erst recht geschwächt.

Die Arbeitslosigkeit hat die Arbeiter geschwächt, gewiß. Aber für die Arbeitslosigkeit verantwortlich ist die Bourgeoisie und mit ihr die Sozialdemokratie, weil sie gegen die Offensive der Bourgeoisie nicht kämpft. Und auch heute nach der Niederlage setzt die SPD ihre Politik fort.

Wie hat sie geschrien: «Ja, wenn Hitler den legalen Boden verläßt, wenn er die Verfassung brechen sollte, dann... dann...» Die Verfassung wurde gebrochen und der Faschismus machte dabei nicht halt. Aber die SPD arbeitet weiter «im Rahmen der legalen Möglichkeiten», das heißt, macht das, was Hitler ihr erlaubt. Die SPD setzt ihre bisherige Politik fort. Eben darum ist sie gezwungen, die Arbeiter über die Ursachen der Niederlage zu täuschen.

Der Mitschuldige

Die SP ist der Hauptschuldige an der Katastrophe. Sie hat die Arbeiter immer wieder verraten. Allein daß trotz dieser Verräterei der Großteil der Arbeiterklasse weiter hinter der SPD blieb, daran ist schuld die die KI, die KPD führende Stalinbureaucratie. Der Stalinismus ist mit schuldig an der Katastrophe! Immer wieder unternimmt der Stalinismus den Versuch, die Spuren seiner Mitschuld zu verwischen. Den neuesten Versuch unternimmt

Verfolgung der «Arbeiter-Stimme»

Nr. 126 der «Arbeiter-Stimme» wurde wegen des Mai-Artikels konfisziert. Und zwar wegen Ausbreitung, Verbreitung benutzender Gerichte und wegen Sammlung zur Verleitung der gesetzlichen Folgen von strafbaren Handlungen gemäß §§ 308, 309, 310/II StG. Die Verbreitung benutzender Gerichte sollen wir begangen haben durch Auslegen der Kriegsgefahr. Wodurch wir das Verbrechen der Sammlung zur Verleitung der gesetzlichen Folgen von strafbaren Handlungen begangen haben sollen, ist uns vollkommen unklar. Der Herr Staatsanwalt wird Gelegenheit haben, die Anklage vor den Geschworenen zu vertreten.

Es ist die vierte Konfiskation, womit wir rasch hintereinander verfolgt werden. Daß dadurch die «Arbeiter-Stimme» finanziell schwer geschädigt wird, versteht sich von selbst. Um so mehr ist es Pflicht jedes revolutionären Arbeiters die «Arbeiter-Stimme» zu unterstützen und vor allem ihre Verbreitung mit allen Kräften zu fördern. Jeder Leser weitergeben, die den Weg suchen und ihnen ans Herz legen, sie müssen ihrereis die «Arbeiter-Stimme» an ebensolche Arbeiter weitergeben.

Im Auftrag Stalins Heckert, ein Mitglied des ZK der KPD. («R. F.» 4. d. ff.)

«Sieg — Niederlage — Sieg»

Am 12. April sprach das EKKI von einem Sieg des Faschismus in Deutschland, nachdem es sechs Wochen versucht hatte, von einem «normen Sieg der KPD» («Prawda») zu lügen. Noch sind keine 14 Tage vergangen und der Stalinismus bezieht wieder den umgekehrten Standpunkt. Jetzt leugnet er wieder die Niederlage. «Das Gerede, als ob die KPD geschlagen und politisch tot sei, ist ein Philistergeschwätz» sagt Heckert. Das Proletariat habe nur eine «vorübergehende Niederlage» erlitten. Die Lagerung der Klassenkräfte habe die vorübergehende Niederlage des Proletariats bestimmt.

Der entscheidenden Frage:

was hat die KPD getan, um die Klassenkräfte zum Vorteil der Arbeiter zu verschieben, weicht Heckert aus. Gewiß, die SPD wollte die Einheitsfront nicht und suchte sie zu verhindern. Eben darum mußte die Einheitsfront gegen den Willen der SPD erzwungen werden. Was hat der Stalinismus getan, um die Einheitsfront zu erzwingen? Wie sah seine Politik und Taktik aus, um die Einheitsfront der Gesamtarbeiterschaft herzustellen? Darauf erzählt Heckert das Märchen, die KPD habe der SPD und den Gewerkschaften Vorschläge zur Einheitsfront gemacht. Wir haben schon öfters gezeigt, wie es sich mit diesen «Vorschlägen» verhielt, daß es in Wirklichkeit Ultimatum an die SPD waren, die der SPD ermöglicht, die Einheitsfront zu verhindern und sich vor den sozialdemokratischen Arbeitermassen auf die Kommunisten auszurennen.

Gewiß hat die SPD verraten. Doch wieso blieben die Massen trotz dieses Verrates bei der SPD? Warum hat die KPD nicht eine Politik gemacht, die die Massen angesichts dieses Verrates zur KPD herübergezogen hätte? Und warum ist selbst von den fünf Millionen kommunistischen Wählern niemand der Generalstreikparade der KPD gefolgt? Warum sind der Generalstreikparade selbst die RGO-Mitglieder, ja nicht einmal die Parteimitglieder gefolgt? Ist daran auch der sozialdemokratische Verrat schuld? Um diese entscheidenden Fragen drückt sich Heckert. Er mußte sonst sagen, daß die stalinische Politik nicht imstande ist, die Massen zu mobilisieren, die Einheitsfront herzustellen. Doch das einzubekennen, ist unvereinbar mit dem stalinischen «Prestige».

Schuld sind — die Massen

Die «R. F.» vom 5. Mal kommt Heckert zu Hilfe. In demselben Artikel, in dem sie zeigt, daß Wels die Schuld der SPD auf die Massen abwälzt, in diesem selben Artikel sucht sie die Mitschuld des Stalinismus ebenfalls den Massen aufzubürden: «Es war die Tragik der deutschen Arbeiterklasse, daß sie den Lockungen und Hetzereien der Leute vom Schlage Wels erlag und so die Spaltung herbeigeführt wurde und andauerte, die die deutsche Arbeiterklasse so entscheidend schwächte.»

Trotzkizette

Seinen ganzen Geifer läßt Heckert im Auftrag der Stalinaliquie auf den «Sozialfaschisten» Trotzki los. Durch wüste Hetze gegen Trotzki sucht er die Kommunisten gegen die wichtige Kritik der Linksoption zu immunisieren. Nachdem er ein ganzes Arsenal von Verleumdungen über Trotzki ausgeschüttet, schreibt Heckert: «So haben die Tatsachen in grausamer Weise die konterrevolutionäre Bedeutung der «Plattform» des Sozialfaschisten Trotzki entlarvt, der sich bemüht, nachzuweisen, daß SP und Faschismus nicht Zwillinge, sondern Antipoden seien.» Ueberflüssig zu sagen, daß hinter der Riesenhetze die Riesenangst der Stalinbureaucratie steckt vor der Linksoption.

Der «Sozialfaschismus»

Der rasche Gang der Dinge spielt dem Stalinismus ein arge Schimpfen. Die Druckerschwärze des Heckertischen Artikels war noch nicht trocken, da riß der Faschismus die deutschen Gewerkschaften an sich, die Organisationen mit all ihren Einrichtungen und Geldern, verhaftete selbst die Kapitalanten Leipart und Co. und ließ sie schwer mißhandeln — es ist

sehr bezeichnend, daß die «Rote Fahne» das verschweigt — denselben Leipart, von dem Heckert tags zuvor mit apodiktischer Gewißheit prophezeit hatte: «Die Leiparts hat niemand angetastet und wird niemand antasten...» Nichts zeigt krasser den ganzen Blödsinn des «Sozialfaschismus» als die Expropriation, die «Gleichschaltung» der Gewerkschaften: drastisch wird hier sichtbar der tiefe Gegensatz der zwei Konkurrenten im Lakaendienst der Bourgeoisie, des Faschismus und der Sozialdemokratie.

Lügen als Tarnung

«Niemals noch hatte die KPD ein solches moralisches Gewicht unter den Arbeitermassen wie jetzt», sagt Heckert. Und die «R. F.» vom 30. April schreibt vom Zustrom zur KPD. Die Tatsachen sind leider anders. Es gibt keine KPD mehr. Der Faschismus hat sie liquidiert. Die Stalinbureaucratie, deren Politik zur Zerschmetterung der KPD geführt hat, greift zur Lüge, um die Arbeiter über die Schuld des Stalinismus zu täuschen.

Der Stalinismus ist schuld, nicht die Sowjetunion!

Selbst die nach Profit so gierigen jüdischen Händler boykottierten Hitler-Deutschland, die Sowjetunion aber tätigt fortgesetzt Bestellungen und Käufe im gewaltigen Ausmaß bei der schicksalhaften Bourgeoisie Deutschlands. Und nur hat die Sowjetunion einen Freundschafts- und Handelsvertrag mit Hitler-Deutschland abgeschlossen, was die Nazipresse freudig als außenpolitischen Erfolg bucht. In der Tat: die durch den Nationalsozialismus so verfahren außenpolitische Situation Hitler-Deutschlands wurde so wesentlich erleichtert, statt Hitler zu schwächen, umnt die Sowjetunion ihm geradezu zu Hilfe. Die Sowjetunion erfüllt nicht ihre internationale Hauptpflicht, die wichtigste Stütze zu sein dem internationalen Proletariat, insbesondere gegen die Weltreaktion. Die Sowjetunion läßt die deutsche Arbeiterklasse vollkommen im Stich. Wie erklärt sich diese erschütternde Tatsache? Jedem ehrlichen proletarischen Revolutionär ist es vollkommen klar: Mit allen Mitteln hätte die Sowjetunion der unmittelbar gefährdeten deutschen Arbeiterklasse zu Hilfe kommen müssen! Mit allen Mitteln hätte sie die bedrückte deutsche Arbeiterklasse heute zu Hilfe kommen! Mit allen Mitteln: mit Abbruch der Handelsbeziehungen, mit Mobilisierung der Roten Armee, im Interesse des Weltproletariats, im Interesse der Sowjetmacht selbst! Dies alles jedoch nur unter der grundlegenden Bedingung, daß die Sowjetunion dazu in der Tat die Kraft hat. Denn hat die Sowjetunion diese Kraft nicht, dann wäre all dies ein wahnwitziges Abenteuer, das der deutschen Arbeiterklasse nichts helfen, wohl aber die letzte große Position des Weltproletariats unmittelbar gefährden würde, die Sowjetmacht selbst.

Ha heute die Sowjetunion die reale Kraft gegen Hitler-Deutschland mit allen Mitteln aufzubringen mit all den Konsequenzen, die sich daraus ergeben? Nein, diese reale Kraft hat die Sowjetunion heute nicht. Aber wurde nicht in Sowjetrußland ein gigantischer sozialistischer Aufbau vollzogen? Hat die Stalingresse nicht seit Jahren tagtäglich hinausposaunt, der Stalinismus habe die Macht der Sowjetunion innen- und außenpolitisch gewaltig gesteigert? Heute kann jeder, der Augen hat, sehen, daß die Tatsachen das Gegenteil zeigen der Prahlereien der stalinischen Maulgänger. Das Verhalten der Sowjetunion zur deutschen Arbeiterklasse, zu Hitler-Deutschland zeigt kraß die Wahrheit: der Stalinismus hat die Sowjetmacht nicht gestärkt, sondern geschwächt, so heruntergebracht, daß sie heute nicht die Kraft hat, ihre internationale Pflicht gegenüber der deutschen Arbeiterklasse mit allen Mitteln zu erfüllen. Jeder ernste proletarische Revolutionär muß heute sagen: nachdem einmal durch die Schuld des Stalinismus der Sowjetmacht so geschwächt wurde, daß die Erfüllung dieser internationalen Pflicht gegenüber der deutschen Arbeiterklasse ein Abenteuer wäre, welches die Sowjetunion selbst in unmittelbarer Gefahr brächte, dürfen wir ein solches Abenteuer nicht verlangen; denn es würde die letzte große internationale Position des Weltproletariats unmittelbar gefährden ohne den deutschen Arbeitern zu helfen.

Alein die internationale Pflicht, der deutschen Arbeiterklasse herauszugeben, besteht für die Sowjetmacht weiter! Sie ist durch den Stalinismus geschwächt, sie kann nicht «mit allen Mitteln» beibringen, das wäre infolge der stalinischen Schwächung glattes Abenteuer, aber Form, die bei der durch den Stalinismus herbeigeführten Schwächung der Sowjetmacht möglich ist notwendig ist.

Wort besteht die Schwächung der Sowjetmacht? Darin, daß sie von den Millionenmassen des Weltproletariats isoliert ist. Isoliert ist als Isolation in einem Land, das heißt der nationalsozialistische Aufbau alles, die Mobilisierung der Massen des Weltproletariats zum Kampf gegen die Weltbourgeoisie, mit einem Wort, die internationale proletarische Revolution nicht, gar Massen, um einer elende Betrugphrasen, um die nichts als russisch-nationalistische Politik des Stalinismus zu täuschen.

Die konkrete Form des Weges zu den Millionenmassen ist die leninische Einheitsfronttaktik. Die heute weigert sich die vom Stalinismus ge-

Ausblick

Eine neue Terrorwelle beginnt über Deutschland zu rollen. Immer neue Verfolgungen, Verhaftungen, Erschießungen von Arbeitern. Der Faschismus kommt wirtschaftlich immer mehr in eine Sackgasse. Er kann sein demagogisches Programm nicht halten, stößt auf immer größere Schwierigkeiten. SP und Stalinismus setzen darauf ihre Hoffnung, beide spekulieren auf das «Abwirtschafte» Hitlers. Doch nur der Kampf der Massen unter Führung einer ernsten revolutionären Partei kann diese wachsenden Schwierigkeiten ausnützen und die Wendung für die Arbeiterklasse herbeiführen.

Die Stalinbureaucratie, die gezeigt hat, daß sie aus der Niederlage nichts gelernt hat und nichts lernen will, hat damit der KPD endgültig den Todesstoß versetzt. Alle Arbeiter in Deutschland, die ernstlich die Ursachen der Niederlage überdenken, müssen sich heute mit der Linksoption an der Spitze die Hauptperspektive stellen der Schaffung einer illegalen neuen revolutionären Partei.

führte KI noch immer, der SI ein Einheitsfrontanbot zu stellen. Die Stalinbureaucratie sucht über diese ihre Werterung durch alle möglichen politischen Manöver zu täuschen. Sie liefert so der Sozialdemokratischen Parteien der ganzen Welt das so erwünschte Argument, die proletarische Einheitsfront, die sie gar nicht wollen, abzulehnen und die Schuld zu schieben — auf den Stalinismus.

Der Kommunismus hat die Sowjetmacht geschwächt, er hat so verursacht, daß sie der deutschen Arbeiterklasse nicht mit allen Mitteln beibringen kann, was es ihre internationale Pflicht wäre. Die ganze Verantwortung für dieses Verbrechen fällt auf den Stalinismus, auf die Stalinbureaucratie, nicht auf die Sowjetmacht.

Im gegenwärtigen Augenblick aber, auf Grund der durch den Stalinismus bereits herbeigeführten Schwächung der Sowjetmacht, besteht das Hauptverbrechen des Stalinismus nicht darin, daß er den Abbruch der Handelsbeziehungen, die Mobilisierung der Roten Armee, als abenteuerlich ablehnt, sondern darin, daß er planmäßig und bewußt sich weigert, der Sozialdemokratischen Internationale «das Anbot der Einheitsfront von Internationale zu Internationale zu stellen, daß er planmäßig und bewußt die leninische Einheitsfronttaktik sabotiert.» So, durch das verbrecherische Zusammenspiel der Sozialdemokratie verlängert die Stalinbureaucratie die Lähmung der Millionenmassen, unterbindet sie deren Mobilisierung zum Kampf, so macht sie auch für die Zukunft — und zwar für eine ziemlich nahe Zukunft — die Bedingungen, die schließlich den Abbruch der Handelsbeziehungen, die Mobilisierung der Roten Armee, den Krieg zwangsläufig herbeiführen werden, immer gefährlicher für die Sowjetmacht selbst.

Das Anbot der Einheitsfront an die SI öffentlich vor den Massen, unter dem Druck der Massen, das Anbot von Internationale zu Internationale, auf die Linie der leninischen Einheitsfronttaktik allein öffnet den Weg zur Mobilisierung der Millionenmassen und schafft die Grundvoraussetzung zu aktiver revolutionärer Außenpolitik der Sowjetmacht, zur aktiven Unterstützung der deutschen Arbeiterklasse mit allen Mitteln durch die Sowjetmacht. Denn nur dann wird das Eingreifen durch die Sowjetmacht mit allen Mitteln kein Abenteuer mehr sein, sondern revolutionäre Politik, die die Möglichkeit, ja Wahrscheinlichkeit ist — bei fortgesetzter marxistisch-leninistischer Politik — die Gewähr des Sieges für sich hat.

Die verräterische Sozialdemokratie, die die Hauptschuld trägt an der deutschen Katastrophe, sucht die Schuld von sich abzuwälzen auf die Sowjetmacht, wobei sie die Schuld des Stalinismus zuschiebt dem — Bolschewismus.

Die Stalinbureaucratie sucht ihr Verbrechen des Im-Stich-Lassens der deutschen Arbeiter zu verbergen hinter der Notwendigkeit des «sozialistischen Aufbaus», der nicht gestört werden dürfe und hinter dem Schild des unbegrenzten Friedenswillens, hinter kleinbürgerlichem, ehrentosen Pazifismus (R. F. 10. d.). Ja, ein solches Marxens verdröhend, wagt sie es zu sagen (tschwasch, siehe R. F. v. 7. d.): «die deutsche Revolution könne nur ein Werk der deutschen Arbeiterklasse sein», «die Befreiung der

*)Wir haben bis zum letzten Moment auch für die Einheitsfront mit der SPD (siehe Nr. 123 vom 17. März) gekämpft. Von dem Augenblick an, wo die SPD durch Wels offen kapituliert hat (25. März), kam die Einheitsfront mit der SPD nicht mehr in Betracht. Desto mehr haben wir darauf den Kampf für die internationale Einheitsfront verstärkt, als der wichtigsten Form dem deutschen Proletariat von außen zu helfen, und den Kampf für die Einheitsfront von SP, KI, Gewerkschaften in den anderen Ländern, insbesondere in Oesterreich.

Auf jedem Stadtbahnperron

kannst du die «Arbeiter-Stimme» kaufen. Ferner an folgenden Stellen: Zeitungsgesellschaft Straßbahnhofsstraße 11, Marktstraße 11, Eckes Marktstraße 11, Trafik Währingerstraße 188.

deutschen Arbeiterklasse könne nicht die Aufgabe der Sowjetunion sein. Hier bekennt sich der Stalinismus einmal offen als Verräter der internationalen proletarischen Revolution. Marx sagt mit Recht, die Revolution könne nur das Werk der Arbeiter selbst sein. Der Arbeiter — nicht der deutschen Arbeiter! Selbstverständlich, in jedem Lande müssen vor allem die Arbeiter dieses Landes um den Sieg der Revolution kämpfen. Doch niemals können sie siegen, wenn nicht die Arbeiter der ganzen Welt ihren Kampf unterstützen, und wenn nicht sie umgekehrt den revolutionären Kampf der Arbeiter aller anderen Länder mit aller Kraft unterstützen.

Die deutsche Revolution ist nicht eine Sache bloß der deutschen Arbeiter, sondern ist eine Sache insbesondere der ganzen Welt, ist die erste proletarische Staatsmacht ist. Es genügt nicht, daß die Sowjetmacht bloß mit Worten als «wichtigster Hort des Weltproletariats» auftritt — zu dieser Wortspiegelerei hat sie der Stalinismus herabgewürdigt — sondern die deutschen Arbeiter und die Arbeiter der ganzen Welt haben ein Recht zu verlangen, daß sich die Sowjetmacht als wichtigster Hort des Weltproletariats in der Tat bewähre! All das scheitert am Stalinismus, der die freie Sicht hat, die internationalen Verpflichtungen gegenüber dem Weltproletariat jetzt sogar schärfer offen zu legen und die Arbeiter aller anderen Länder, die Kommunistischen Parteien nur als Wurzeln be-

trachtet, behandelt, die er auswirft für seine verbrecherische nichts als russisch-nationalistische Politik.

Ohne den Ultraradikalismus schonungslos zu entlarven, vollkommen zu überwinden und zu besiegen, ist es unmöglich, die Massen zum Kampf zu mobilisieren, sagt Lenin in seiner berühmten Schrift «Die Kinderkrankheiten des Radikalismus». Was ist der Ultraradikalismus von 1907 bis 1910, was ist der Ultraradikalismus von 1919/20, dessen Überwindung diese Schrift Lenins gewidmet war, gegenüber dem Raffinement des Stalinismus, gegenüber diesem bürokratischen Zentrismus, der seine Abenteuer «realistisch» tarnt mit krassestem Opportunismus und seinen Opportunismus «revolutionär» tarnt mit skrupellosen Abenteuerismen? Ohne die schonungslose Entlarfung, ohne die vollkommene Überwindung, ohne die restlose Beseitigung des Stalinismus ist es unmöglich, die Millionenmassen zum Kampf zu mobilisieren, ist es unmöglich, die Arbeitermassen von der SP zu lösen, ist es unmöglich, den Faschismus, die Bourgeoisie wirksam zu bekämpfen, ist es unmöglich, die proletarische Revolution zum Siege zu führen. Die wichtigste Voraussetzung für die Bewältigung all dieser Aufgaben ist die Liquidierung des Stalinismus, ist die Überleitung der proletarischen Avantgarde auf die siegreiche Linie von Marx-Lenin. Das zu verwirklichen ist die geschichtliche Aufgabe der Linksoption.

gehobenen, selbstzufriedenen, halbwegs gesicherten Existenz emporgearbeitet, die gewiß nicht kapitalistisch ist, aber kleinbürgerlich. Der ganze «Sozialismus» dieser kleinbürgerlichen Schichte besteht darin, diese ihre kleinbürgerliche Existenz auf dem Rücken der Arbeitermassen weiter zu behaupten. Dieses kleinbürgerliche Element bildet das Rückgrat, das Zentrum der SP. Dieses Kleinbürgertum bestimmt nach seinen, nach seinen kleinbürgerlichen Interessen die Grundlinie der SP. Dieses Kleinbürgertum besetzt zur Sicherung dieser Grundlinie alle Kommandos — alle einflußreichen Stellen, alle Knotenpunkte in der Sozialdemokratie, sich mit der sozialdemokratischen Bürokratie in den proletarischen Massenorganisationen verbindend. Die Arbeitermasse aber ist nur Gefolgschaft, ist nur ein Anhängsel, wenn auch — dank der verbrecherischen Stalinpolitik! — noch ein sehr großes!

Der kleinbürgerliche Kopf der SP beherrscht die Kraft des proletarischen Körpers. Beherrscht sie nach kleinbürgerlichem Interesse, bindet diese proletarische Rückenkraft an die kleinbürgerliche Grundlinie, entzieht damit die Kraft den proletarischen Klassenzielen. Die kleinbürgerliche Grundlinie der SP ist die zwangsläufige Folge des kleinbürgerlichen Klassencharakters der Sozialdemokratie. Die SP ist die Partei des linken Flügels des Kleinbürgertums, ist eine kleinbürgerliche Partei, die sich noch auf große Arbeitermassen stützt und diese einspannt, ausnützt, mißbraucht für kleinbürgerliche Interessen, mittelbar also für die Bourgeoisie und das tarnt durch sozialistische Phrasen. Darin liegt die Bedeutung der Sozialdemokratie für die Bourgeoisie, darin zeigt sich ihre Lakaienrolle. Die SP lähmt verärrerisch die proletarische Klassenkraft.

**Bourgeoisie
Kleinbourgeoisie
Proletariat**

Zwischen Proletariat und Bourgeoisie, den beiden grundlegenden Klassen der kapitalistischen Gesellschaft, gibt es keine wie immer gearteten gemeinsamen Interessen. Der Klassengegensatz zwischen ihnen ist unüberbrückbar. Unversöhnlich stehen sich diese beiden Klassen gegenüber.

Anders steht es mit den Klasseninteressen des Kleinbürgertums. Es herrscht ein

scharfer Gegensatz zwischen den Kleinbesitzern und den Großbesitzern, die fort darauf aus sind, die Kleinbesitzer zu verschlingen, um noch größer zu werden. Aber so stark auch dieser Gegensatz, sie haben einen gemeinsamen Boden: den Besitz. Der Kleinbesitzer besitzt weit weniger als der Kapitalist. Aber das Interesse der Kleinbesitzer, ihren Kleinbesitz gegen die Nichtbesitzer zu behaupten, ist nicht minder groß als das Interesse der Großbesitzer, ihren Großbesitz aufrecht zu erhalten. Wir haben gesehen, daß der «Sozialismus» des sozialdemokratischen Kleinbürgertums gerade darin besteht, ihre auf dem Rücken der Arbeitermassen errungene verhältnismäßig gehobene Existenz, das heißt ihren Kleinbürgertum zu behaupten. Kleinbürger und Großbürger haben also gerade in der kardinalsten Frage einen gemeinsamen Boden: die Aufrechterhaltung ihres Besitzes, die Aufrechterhaltung des Privateigentums, die Verteidigung des Privateigentums durch den kapitalistischen Staat. Genau auf der Basis dieses fundamentalen gemeinsamen Interesses der Erhaltung und Behauptung des Privateigentums, also auch des kapitalistischen Staates, bewegt sich die wirkliche Grundlinie der SP. Ihr Gegensatz zum Faschismus, dessen Kern ist der rechte Flügel des Kleinbürgertums, besteht nur darin, daß sie der Bourgeoisie statt der faschistischen Methoden andere Methoden offeriert als der faschistische Konkurrenz, nämlich demokratische, eben sozialdemokratische Methoden zur Sicherung des Privateigentums, zur Sicherung des kapitalistischen Staates.

Sozialdemokratisches Kleinbürgertum, Gewerbetreibende, Kleinmeister, Händler, Kaufleute, Anwälte, Aerzte, Ingenieure usw., die neuen Mittelschichten, höhere Beamte, die Bürokratie in SP, Gewerkschaften, Genossenschaften, die Oberschichte der Arbeiterklasse, die Arbeiteraristokratie: ihr grundlegendes Interesse verknüpft sie mit der Bourgeoisie. Die Sicherung des Kleinbesitzes, des Kleinprofits, der gehobenen Gehälter, der Vorzugslöhne, des persönlichen Vorteils verbindet sie mit der Bourgeoisie. Deshalb ist die Grundlinie der SP, die von diesen kleinbürgerlichen Schichten bestimmt wird und ihr fundamentales Interesse ausdrückt, unaänderlich. Darum ist und bleibt die Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie die Grundlinie der SP. (Schluß folgt.)

Klarheit über die SP

(Fortsetzung)
Tarnungen.

Mit einem ganzen Arsenal von Formeln sucht die SP den Arbeitern die sozialdemokratische Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie zu verschleiern. Sie spricht sehr selten von Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, aber sie erklärt sich immer wieder bereit zur Zusammenarbeit für «unser Land», für «unsere Volkswirtschaft», für «unsere Wirtschaft», für «unsere Industrie», für «die Gesamtheit», für «die Allgemeinheit» (früher sprach sie auch von der Zusammenarbeit für «unseren Staat», «unsere Republik», «unsere Volksrepublik», «unseren Volksstaat»; diese Redensarten hat sie jetzt etwas zurückgestellt). Sie spricht selten von Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, aber sie erklärt sich immer wieder bereit zur «Verständigung» mit der Bourgeoisie, zur «Mithilfe», zur «gegenseitigen, friedlichen Einwirkung». Von der Bourgeoisie spricht sie überhaupt sehr selten, die spricht sie meist verschleiern unter dem scheinbar nichtssagenden Wort «man», das jetzt so oft in der sozialdemokratischen Presse zu finden ist. Es ist immer ein und dasselbe unter all diesen Tarnungen gemeint: die Grundlinie der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, mit dem Klassenfeind des Proletariats, des Verrates an der Arbeiterklasse.

Diese verräterische Grundlinie behält die SP bei

auch unter dem Faschismus.

Gegen die Bourgeoisie will die SP nicht kämpfen, das verstieße gegen ihre Grundlinie. Der Faschismus ist Werkzeug der Bourgeoisie, die SP aber kämpft nicht gegen die Bourgeoisie, sondern sie kämpft einzig und allein um eine andere Politik der Bourgeoisie, um eine andere kapitalistische Politik. Obwohl der Faschismus der tödliche Konkurrent der SP, verharret die SP weiter auf ihrer Linie: nicht Kampf gegen die Bourgeoisie, sondern Kapitulation vor dem Faschismus, Ducken, Abwarten, bis die Bourgeoisie sie wieder braucht und bis dahin die Arbeitermassen trotz allem weiter hinter sich halten. Nur wenn die KP durch Massendruck die SP in Gefahr bringt, die Massen an die KP zu verlieren, geht die SP in die proletarische Kampfeinheitfront und sucht dann darin ihre Verratspolitik in neuen Formen möglichst fortzusetzen.

Die SP als Partei will nicht gegen die Bourgeoisie kämpfen, also auch nicht gegen den Faschismus. Sie will aber dennoch die Arbeitermassen hinter sich halten. Treten die Massen trotz der SP, ohne SP in Kampf gegen den Faschismus, so reißen sie jene Teile der sozialdemokratischen Führerschaft, der nicht endgültig mit den Arbeitermassen brechen will, mit in den Kampf, während ein Teil endgültig kapituliert, ja zum Faschismus übertritt, um seinen auf dem Rücken der Massen gewonnenen Besitz samt Pfändern möglichst zu sichern.

Aber auch da sucht selbst der sich an die kämpfenden Massen anklammernde Teil der SP-Führer die SP als Partei, das heißt deren Einfluß auf die Massen zu retten. Siegen die Massen, dann springt die SP den siegreichen Massen schnell wieder

auf den Rücken und als «Vermittler des Friedens» (der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie) opfert sie die siegreichen Arbeitermassen wiederum der Bourgeoisie auf, so wie 1918/20. Unterliegen aber die Massen, dann wäscht sich die SP die Hände in Unschuld: «Wir haben es euch immer gesagt, der Kampf führt zu noch größeren Opfern, hättet ihr uns gefolgt, so hättet ihr euch diese Opfer erspart und die Niederlage. Folgt also weiterhin brav eurer SP.» Diesem Verräterargument genügt entgegenzuhalten die blutigen Tatsachen in Deutschland: Weil die verräterische SP den Kampf «vermeiden» hat, darum diese ungeheure Katastrophe. Das sozialdemokratische «Vermeiden» hat der Arbeiterklasse die Opfer nicht erspart, sondern sie nur noch vergrößert und die Wiedererhebung bedeutend erschwert.

Die österreichische SP

grenzt sich ab von der SPD,

«kritisiert» sie. Alles Papier! Denn die Grundlinie der österreichischen SP ist dieselbe wie die der SPD: die Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie. Die SP will gegen den Faschismus ernsthaft nicht kämpfen. Denn diesen Kampf wirklich zu führen ist nur möglich mit proletarisch-revolutionären Methoden. Gegen den Faschismus kämpft die proletarisch-revolutionäre Politik für die Demokratie, für die Wiederherstellung der demokratischen Rechte. Aber sie tut dies mit der Perspektive nicht der «Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie», sondern mit der Perspektive des revolutionären Sturzes der Bourgeoisie und der Aufrichtung der proletarischen Macht. Gerade diese Perspektive ist es, die bei der SP erzeugt die «große Lähmung». Lieber liefert sie die Massen dem Faschismus aus, still bei sich auf ihre, der SP, Unentbehrlichkeit für die Bourgeoisie rechnend, als einen Schritt in der Richtung der ersten, konsequenten Abwehr zu wagen.

Die Klassenwurzel der sozialdemokratischen Politik

Verharret die SP etwa aus mangelnder Erkenntnis, aus Dummheit, Irrtum, Rückständigkeit, fehlerhafter Einstellung auf der Grundlinie der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie? Beileibe nicht. Mit vollem Bewußtsein und vollkommen planmäßig operiert sie auf der Grundlinie der Zusammenarbeit mit dem Klassenfeind des Proletariats.

Wer die SP für eine Partei der Arbeiter hält, kann diese ihre Politik überhaupt nicht verstehen. Allein die SP ist keine Partei der Arbeiter, ist keine Arbeiterpartei, ist keine Partei des Proletariats. Klassenmäßig gesehen, setzt sich die SP aus zwei Klassen zusammen: aus der großen Arbeitermasse als proletarischer Gefolgschaft und aus einer Schichte von Kleinbürgern an der Spitze, an allen Kommandostellen der SP. Nicht die Arbeitermasse ist der Kern der SP: Kern der SP ist die Zehntausende zählende Oberschicht von Kleinbürgern, kleinbürgerlicher Bürokraten, kleinbürgerlich eingestellter Arbeiteraristokraten. Diese Schichte hat sich auf dem Rücken der Arbeitermassen zu einer verhältnismäßig mehr oder weniger

Aus der Bauarbeiterbewegung

Freitag, den 5. Mai, waren wieder Lohnverhandlungen und wieder wurden sie ergebnislos abgebrochen. Die Unternehmervertreter gaben sich mit den Zugeständnissen der Bürokratie (Streichung der Zulagen bei Klinkenverblendung, Herabsetzung des Entgeltes von 12 Wochen auf 9 Wochen, 3 Prozent Lohnabbau) nicht zufrieden.

Bei der Vorbesprechung dazu, die in der Schottenfeldgasse stattfand, erwähnte Novy auch die Berichte in der Arbeiterstimme und beschimpfte die Genossen als Schufte und Schurken, die uns die Berichte bringen. Die Bürokraten möchten gerne wissen, welche Bauarbeiter mit uns zusammenarbeiten, doch wir haben zum Unterschiede von den RGO aus der Taktik und den Methoden der Bürokratie die Konsequenz gezogen und es wird ihnen nicht gelingen, unsere Genossen kalt zu stellen.

Unsere Linie ist und bleibt der revolutionäre Realismus. Wir lehnen hyperradikale Lösungen, den Ueberradikalismus überhaupt ab. Aber wir lehnen erst recht den Opportunismus ab. Die Losungen müssen den realen Tatsachen entsprechen — und nicht den Profitbedürfnissen der Unternehmer und den Koalitionsbedürfnissen der SPI Das zum ersten.

Wir sind nicht gegen Rückzug unter allen Umständen; wenn die reale Kampflage Rückzug notwendig macht, so sind wir für Rückzug. Wir bestreiten jedoch, daß im vorliegenden Fall der Rückzug notwendig sei. Darum: Kein Lohnabbau!

Insbesondere aber sagen wir: Wenn Rückzug, so Rückzug nur mit Wissen und Zustimmung der großen Lohnkommission! Die Gewerkschaftsbürokratie jedoch weicht eigenmächtig von den Beschlüssen der Lohnkommission ab. Ohne deren Zustimmung einzuholen, ja ohne Wissen, hinter dem Rücken der Lohnkommission bietet sie den Unternehmern größere Zu-

geständnisse an. So will sie die Lohnkommission, die Gewerkschaftsmitglieder vor vollendete Tatsachen stellen. Das ist unzulässig, das ist Ueberschreitung der Vollmacht, das ist Bruch der Gewerkschaftsdemokratie, Verletzung der Rechte der Gewerkschaftsmitglieder. Mit aller Kraft werden wir dagegen ankämpfen und fordern alle Gewerkschafter auf, uns darin zu unterstützen!

Jeder halte sich vor Augen, wohin diese Wirtschaft der Gewerkschaftsbürokratie die deutsche Arbeiterklasse geführt hat. Millionen Arbeiterelder wurden dem Faschismus in die Hände gespielt, die zur Kampfmobilisierung der Arbeiterschaft benützt, den Faschismus verhindert hätten. Unter günstigen Verhältnissen haben die Bürokraten die Politik der Arbeitgemeinschaft, des «Wirtschaftsfriedens» betrieben, jede revolutionäre Regung mit den gemeinsten Methoden unterdrückt. Auch heute noch hetzen die Gewerkschaftsbeamten in Arbeiterversammlungen gegen revolutionäre Arbeiter. Genossen! Lernt aus der deutschen Erfahrung und unterstützt unseren Kampf um die Gewerkschaftsgesundung, auf daß die Gewerkschaften wieder werden Kampfinstrumente für die Interessen der Arbeiter.

RGO-Ruine

Vor einiger Zeit ist in der RF wieder einmal die Siegesfanfare geblasen worden: die RGO sei in verschiedenen Zahlstellen der Baugewerkschaft eingedrungen. Man hat zeigen wollen, wie tüchtig die RGO-Leitung ist. Man hat aus den Mißgeboten von 10 Jahren nicht gelernt und nichts gelernt aus der großen Niederlage in Deutschland, wo man sich durch Gründung von «Roten» Gewerkschaften von der organisierten Arbeiterschaft isolierte und als es zur Entscheidung kam

(20. Juli 32 und 30. Jänner 33) alle Pa-
colen ungehört im Sand verfallen. In
Oesterreich geht die RGO weiter den fal-
schen Weg, besonders bei den Bau-
arbeitern.

So kam es, daß man auch in Oesterreich
mit der Aufstellung von »roten« Listen
begannt. Das erste Sprungbrett sollte die
Zahlstafel X sein. Trotz Warnung erfah-
rener revolutionärer Genossen wurde die
«Generallinie» befolgt, die zu einer voll-
ständigen Niederlage führte und zur Aus-
scheidung aller revolutionären Funktionäre.
Trotz dieser Tatsachen wird die RGO
weiter so geführt, als ob das Reklame-
geschrei in der RF wirklich den Tatsachen
entspreche. Jeder Erfolg wird so zerstört.
Die Reformisten kann man nicht durch
marktschreierische Reklame erledigen,
sondern nur durch aktive, hartnäckige,
plannmäßige, mitunter auch stille Arbeit
in den Gewerkschaften, die sich bewegt
nicht auf der RGO-Linie des Scharlatans
Stalin, sondern auf der Linie des revolu-
tionären Realismus Lenins.

Sitzung der Fraktion kommunistischer
Hauarbeitler (LO) Freitag, den 19. Mai,
im vereinbarten Lokal.

Kurs auf neue KPD!

Wie oft gerade in den letzten Wochen haben
unsere Genossen aus dem Munde ehrlicher
Parteilmitglieder die Worte gehört: «Wenn das
was ihr sagt wahr ist, wenn das was uns
unsere (Stalin)Presse überhaupt sagt und ins-
besondere jetzt über Deutschland sagt un-
wahr ist, von dem Tage an, an dem wir das erkennen,
zweifeln wir an nichts mehr, von dem Tag an
und wir für nichts mehr zu haben! Mit ganz
verzweifelten Ausnahmen, das ist die wirkliche
Aufassung selbst der christlichen Genossen in
der Partei. Wir müssen diese schwerwiegende
Tatsache klar erkennen ohne uns irgendwelchen
Illusionen hinzugeben. Gerade diese unsere Er-
fahrung zeigt uns die unbedingte Notwendig-
keit, daß die LO in Deutschland sich umstellen
muß von der Lösung der Parteiform auf die
Perspektive der Schaffung einer illegalen neuen
revolutionären Partei. Denn was ist uns erst
die Zukunft bringt — die nicht sehr ferne Zu-
kunft —, in Deutschland hat es bereits be-
gonnen, die niederschmetternde Katastrophe
zeigt den deutschen Kommunisten an eigenen
Leiden die ganze Größe des Verbrochens, das der
Stalinismus an deutschen Proletariat und den
Bauern, den er insbesondere an den Kommunisten
begangen. Die verheerende Rolle der SP, das
haben die Kommunisten längst schon er-
kannt, sonst wären sie nicht Kommunisten ge-
worden. Nun unter dem Geleite der Katastrophe
rasenden weißen Schrecken erkennen immer
mehr Kommunisten die Mithäusch des
Stalinismus, sein Verbrechen, seinen Behrug an

Trick auf Trick

Um die Schuld der deutschen Katastrophe von
sich abzuwälzen, bedient die SP alle möglichen
Tricks: «Die Massen selbst seien schuldig» — «Die
Krise, die Arbeitslosigkeit sei schuldig» — «Die
Spaltung sei schuldig»... Dazu kommt eine ge-
wissene Sündenbocktaktik: die sozialdemokrati-
schen Arbeiterparteien außerhalb Deutschlands
grenzen sich ab von der SPD. Nicht die sozial-
demokratische Linie sei schuldig, sondern nur die
Linie der SPD — nicht die SPD sei schuldig, son-
dern nur die Wels & Co. — nicht die Wels &
Co. seien schuldig, nicht die Parteiführer, sondern
nur die Gewerkschaftsführer, nur die Leipart &
Co. «Was sich vor und am 1. Mai 1933 voll-
zogen hat, ist das Ergebnis der Fehler und Irr-
führer der Gewerkschaftsführer», schreibt die
«AZ» vom 7. d. Dabei wird im Hundstertel
die Kapitulation vor dem Faschismus hingestellt
als — «Fehler und Irrtum»... D. Arbeiter
dürfen sich nicht täuschen lassen: Die Linie auf
der sich die Politik aller sozialdemokrati-
schen Parteien bewegt. Die Politik der Zusam-
menarbeit mit der Bourgeoisie ebnet dem Fas-
chismus die Bahn, führt das Proletariat von
Kampfbahn zu Niederlage und schließlich zur
Katastrophe. Es gibt nur einen einzigen Weg zur
Wendung: Die Arbeitermassen mit der Politik
der SP, mit der Politik der Zusammenarbeit mit
der Bourgeoisie grundsätzlich und endgül-
tig brechen und den Weg der konsequenten
Klassenkampfpolitik betreten, indem sie im
Bunde mit der Linksoption erkrämpfen die
gesunde KP!

den Kommunisten, an der Arbeiterklasse. Außer-
stunde, Stalinismus und Kommunismus, Stalin-
Bürokratie und KP zu trennen, verlieren sie
den Glauben an jede Partei, den Glauben an
Alles: sie werden indifferent. Der Prozeß geht
in Deutschland in rasendem Lauf vor sich.
Diese Indifferenz ist nur ein Übergangs-
zustand. Früher oder später wird an alle diese
Genossen die Frage herangetragen: Was tun? Der-
jenige, der diesen Genossen kommt mit der
Lösung «Kampft um die Parteigesundung!», der
verkürzt nicht, sondern verlängert diese Durch-
gangshase! Solange wir Linksoptionelle für
die Parteigesundung kämpfen, übernehmen wir
freiwillig eine gewisse Mitverantwortung vor
der Gesamtarbeiterschaft für die Partei. Die
schwer enttäuschte, betrogene Masse der
deutschen Kommunisten — und das gilt in noch
höherem Maße von den sozialdemokrati-
schen Arbeitern! — außerdem zwischen Sta-
linismus und Partei zu unterscheiden, würde die
deutsche LO, wenn sie mit der Lösung der
Parteiform käme, nicht verstehen, würde sie
mitverantwortlich machen und zurückweisen. Die
LO muß in Deutschland ein ganz neues Ziel
aufstellen; das Ziel der Schaffung einer illegalen
neuen revolutionären Partei. So und nur so kann
sie die schwer enttäuschten, verratenen, be-
trogenen Arbeiter aus dem um sich greifenden
Indifferentismus wieder erwecken und sie wieder
sammeln um die Fahne der proletarischen Revo-
lution.

Eine Zusammenfassung
der linksoppositionellen
Grundauffassungen

(Schluß.)
Eine solche historische Katastrophe wie der
Zusammenbruch des Sowjetstaates würde
unvermeidlich auch die Dritte Internationale
mitverfallen. Genau so würde der Sieg des
Faschismus in Deutschland und die Zertrüm-
merung des deutschen Proletariats der Komintern
kaum gestatten, die Folgen ihrer verhängnis-
vollen Politik zu überleben. Wer im Lager der
Revolution würde indes heute die Behauptung
wagen, der Zusammenbruch der Sowjetmacht
und der Sieg des Faschismus in Deutschland sei
unvermeidlich und unabwendbar? Jedenfalls
nicht die Linke Opposition. Ihre Politik ist im
Gegenteil ganz darauf gerichtet, die Sowjet-
union vor der durch den Zentrismus genährten
Gefahr des Thermidor zu schützen und dem
deutschen Proletariat zu helfen, nicht nur mit
dem Faschismus fertig zu werden, sondern auch
die Macht zu erobern. Auf dem Boden der Ok-
toberrevolution und der Dritten Internationale
stehend, verwirft die Linke Opposition die Idee
paralleler kommunistischer Parteien.
Die Verantwortung für die Spaltung des Kom-
munismus liegt natürlich gänzlich auf der sta-
linischen Bürokratie. Die Bolschewiki-Leninisten
sind in jedem Augenblick bereit, in den Be-
stand der Komintern zurückzukehren und
enge Aktionsdisziplin zu wahren, während
es zugleich auf Grund der Parteidemokratie
den unversöhnlichen Kampf gegen den bureau-
kratischen Zentrismus führen. Doch heute, unter
den Bedingungen der Spaltung, kann unsere
Angehörigkeit zur Kommunistischen Internatio-

nale nicht in unserer organisatorischen Selbst-
beschränkung, nicht im Verzicht auf selbstän-
dige politische Initiative und auf Massenarbeit
seinen Ausdruck kommen, sondern im Inhalt: un-
terschiedliche Politik selbst. Die Linke Opposition paßt
sich der stalinischen Bürokratie nicht an, ver-
schweigt nicht deren Fehler und Verbrechen, im
Gegenteil, sie unterzieht diese einer unverwund-
lichen Kritik. Doch hegt das Ziel dieser Kritik
nicht darin, den bestehenden kommunistischen
Parteien Konkurrenzparteien gegenüberzustellen,
sondern darin, den proletarischen Kern der
offiziellen Parteien auf unsere Seite zu ziehen
und sie auf diese Weise auf marxistischer Grund-
lage wiederzubeleben.
Krauser und schärfer als überall steht diese
Frage in der UdSSR. Die Politik einer z wei-
ten Partei würde dort die Politik des be-
waffneten Aufstandes und einer neuen Revolu-
tion bedeuten. Die Politik der Fraktion bedeutet
den Kurs auf innere Reform der Partei und
des Arbeiterstaates. Allen Versündungen der
stalinischen Bürokratie und ihrer Nachbeter
zum Trotz bleibt die Opposition voll und ganz
auf dem Wege der Reform.
Unser Verhältnis zur Kommunistischen Inter-
nationale ist durch den Namen unserer Fraktion
bestimmt: Linke Opposition. Der Inhalt unserer
Ideen und Methoden ist klar genug charaktari-
siert durch den Namen Bolschewiki-Leninisten.
Jede Sektion muß diese beiden einander ergän-
zenden Bezeichnungen tragen.

Unsere Stellungnahme zu der Programm-
erklärung ist diese: sie gibt eine gute, knappe
Zusammenfassung der linksoppositionellen
Grundauffassungen. In einzelnen Punkten wäre
eine präzisere Fassung zweckmäßig.
Im ersten Satz des Punktes 5 der Grundprin-
zipien könnte das Wort »reformistisches« ent-
fallen, so daß der Satz lauten würde: Anerkennung
der Notwendigkeit einer systematischen
kommunistischen Arbeit in den proletarischen
Massenorganisationen, insbesondere in den Ge-
werkschaften.

Der erste Satz in Punkt 8 der Grundprinzipien
kann mißverstanden werden. Die Sozialdemo-
krate ist keine Massenorganisation «der Arbeit-
erklasse», sondern eine kleinbürgerliche Organi-
sation, die sich proletarisch nennt und große
Massen von Arbeitern umschließt. Die Begriffe
«Partei, Massenpartei» (Kopforganisationen) und
Massenorganisationen (Hebelorganisationen) sol-
len zweckmäßigerweise auseinandergehalten wer-
den. Der Satz könnte etwa so gefaßt werden:
Anerkennung der Notwendigkeit einer entfalteten
Einheitsfrontpolitik gegenüber allen politischen
Organisationen, die sich proletarisch nennen
und große Arbeitermassen umschließen, wie die
Sozialdemokratie, sowie gegenüber allen proletar-
ischen Massenorganisationen, insbesondere den
Gewerkschaften.

In Punkt 11 der Grundprinzipien über die
Parteidemokratie wäre es zweckmäßig, unter
den verzeirleiten Methoden auch anzuführen die
Methoden der Intrige.

Es liegt in der Natur der Sache, daß die Er-

klärung sich mit den allerkrappsten Formu-
lungen begnügen muß. Was die Gewerkschafts-
frage betrifft, so ist die Formulierung (Punkt 5
der Grundprinzipien) vielleicht zu knapp. Um
so gründlicher wird eine Spezialresolution in
dieser Frage sprechen müssen. Dasselbe gilt in
der Frage der Parteidemokratie (Punkt 11 der
Grundprinzipien), wo die schweren Erfahrungen
auf diesem Gebiet in den letzten zehn Jahren
konkrete Berücksichtigung heischen. Zwar ist
keine noch so gute Formulierung der Parteide-
mokratie Garantie dafür, daß die Parteide-
mokratie in der Praxis wirklich eingehalten wird.
Aber einen gewissen Schutz bietet sie doch,
und indem diese Frage im Lichte der zehnjähr-
igen Erfahrungen gründlich vor allen Kommuni-
sten, vor der ganzen Arbeiterschaft erörtert
wird, wird im Bewußtsein der Arbeiter, der
Kommunisten diejenige lebendige Kraft hervor-
gerufen, die allein über das dauernde Einhalten
der wirklichen Parteidemokratie wachen kann.
29. März 1933.

Erkennt die Wirklichkeit!

Um ihren Bankrott zu verhehlen, sucht die
Stalin-Bürokratie die Kommunisten mit allen
Mitteln über die deutsche Katastrophe zu
täuschen. Die Kommunisten werden verfolgt,
getötet, auf der Flucht erschossen, die Ar-
beiter wagen es nicht auf der Straße laut zu
sprechen, ja nicht einmal zu mehr als 3 bis
4 Mann in einer Wohnung zusammenzukommen,
die Stalin-Presse aber spiegelt den Kommunisten
vor die KP lebe, arbeite, kämpfe, genieße
größeres Vertrauen der Massen denn je, ja es
sei ein wahrer Zustrom der Massen zur KPD
zu verzeichnen. Einzelne Kommunisten arbeiten
kühn, leisten da und dort Ueberrassendes.
Es sind Helden, aber sie können das Entschei-
dende nicht ersetzen, die Partei. Die Stalin-
Presse verallgemeinert solche einzelne Vorkom-
nisse, beschaut sie auf. Vor allem aber dichtet
sie in schrankenloser Phantasie das Blaue vom
Himmel herunter. Wir wären glücklich, wenn
ein Tausendstel davon wahr wäre. Leider ist das
Gegenteil: die KPD liegt zerschmettert am Bo-
den. Die erste Voraussetzung eine Wendung
herbeizuführen, ist die ungeschminkte, grausame
Wahrheit zu erkennen.

In Oesterreich ist es der Stalin-Bürokratie ge-
lungen, die Parteimitglieder über die wirkliche
Lage der deutschen KP vollkommen zu täuschen.
Eine wahre Illusionswelt hat die Parteimit-
glieder erlaßt. Spurlos ist die furchtbare Kata-
strophe des deutschen Proletariats, der deutschen
KP an ihnen vorbeigegangen. Nichts, gar nichts
haben sie daraus gelernt, ja in ihrem durch den
Stalinismus genährten Wahn glauben sie wirk-
lich, was in Deutschland vor sich geht sei ein
— revolutionärer Aufschwung, ein Vormarsch
der KPD!... Was wird die Wirkung sein dieses
an ihnen von der Stalin-Bürokratie verübten
Betrug? Bis sie die Wahrheit schließlich er-
kennen, werden die Meisten von ihnen den
Glauben an alles verlieren und für längere Zeit
indifferent werden. Der Stalinismus führt die KP
in die Katastrophe und nachher hindert er die
Kommunisten aus der Katastrophe zu lernen. So
treibt er die Katastrophe immer weiter, alles nur
um seinen Bankrott zu verhehlen, um sein
«Prestige» zu wahren. Schonungsloser Kampf
gegen den Stalinismus, gegen seine Betrügereien,
gegen den Stalinismus, gegen seine Leninism-
mus, das allein vermag die Wendung herbei-
zuführen.

Aus der Opposition

Erklärung

Mein Ausschluss aus der KP und die
letzten folgenschweren politischen Ereig-
nisse veranlassen mich zu folgender Er-
klärung.

Aus der SP bin ich selbst ausgetreten,
weil ich mich überzeugt habe, daß ihre
Politik der Zusammenarbeit mit dem Klas-
senfeind nicht zum Sozialismus führt, son-
dern nur zu noch größerer Verelendung
des Proletariats. 1914—1918 bewiesden
das. Die SP vertritt unter dem Deck-
mantel «Für das Proletariat» nur die In-
teressen des Kleinbürgertums und dient
so letzten Endes dem Kapital. Für das
Proletariat hat sie nur schöne Worte, um
es als Werkzeug sich zu erhalten.

Aufgabe der KP muß es sein, diese
Massen dem sozialdemokratischen Ein-
flusse zu entreißen. Das kann sie nur durch
marxistische leninistische Realpolitik, jetzt
insbesondere durch richtige Einheitsfront-
politik von unten und oben.

Die Einheitsfrontpolitik in Oesterreich
und in der ganzen KI wird ganz falsch ge-
macht. Immer hat man erklärt, die rote Ein-
heitsfront könne nur von unten entstehen,
mit der SP als Partei, mit den Spitzen, mit
diesen Sozialfaschisten könne und werde
man nie Einheitsfront machen! Doch am
5. März 1933 kam wie ein Blitz vom hel-
lenen Himmel die Einheitsfronttaktik von
oben. Sie wurde uns empfohlen unter
Verzicht auf die Kritik während der Ein-
heitsfrontaktion, was ein Kommunist nie
machen darf. Und in der Tat, bei uns in
Oesterreich wurde sie genau so gemacht,
wie es das EKKI angeordnet: 1. ohne den
Massendruck zu entfachen, der die Ein-
heitsfront zu erzwingen hat; oder hat man
etwa die breiten Massen der SP-Arbeiter
gefragt, ob sie bereit sind, für diese Ein-
heitsfront in ihre Organisationen einzutreten?
Ob sie die von der KP vorgeschlagenen
Einheitsfrontlösungen annehmen?
2. Würde das Angebot ultimativ gestellt,
ohne sich zu Verhandlungen vor den Mas-
sen über die vorgeschlagenen Kampflösun-
gen bereit zu erklären? All die Notwendig-
keiten hat man unterlassen, ohne die es
nie zur Einheitsfront kommen kann. Wenn
dann ein Arbeiter in der Partei erklärt,
daß man das so nicht machen darf, und den
richtigen Weg weist, wird man als
Trotzkist bezeichnet und ausgeschlossen.

kommunistische Realpolitik macht und
davon entfernt sich der Stalinismus von
Tag zu Tag, unter dem sich das Kräfte-
verhältnis der Klassen wesentlich zunun-
gunsten des Weltproletariats verschoben
hat. Ich habe keine Ursache, zu ver-
schweigen, wenn ich es verdanke, daß ich
heute das Revolutionäre vom Nichtrevolu-
tionären zu unterscheiden vermag. Es
war die «Arbeiter-Stimme» mit
ihrer klaren Stellungnahme zu der jewei-
ligen politischen Situation, es war die po-
litische Schule der KPOe (Linksoption-
ellen), die mir erst die Grundlage zum po-
litischen Denken gaben und es waren die
Schriften von Lenin und Trotzki.

Ich habe versucht, in der Partei für
deren Gesundung zu arbeiten, doch da die
Parteidemokratie in Wirklichkeit nicht be-
steht, war es leicht möglich, daß man
mich in einer Zellenversammlung von drei
Genossen und dem Polleifer gegen zwei
Genossen (bei einem Stand von 24 Zel-
lenmitgliedern) wegen Trotzkismus aus-
schloß. Ich anerkenne diesen Ausschluss
nicht, betrachte mich weiter als Mitglied
der Partei und werde nun außerhalb der
Partei für deren Gesundung kämpfen.

Alle, die es mit dem revolutionären
Klassenkampf ernst meinen, sollen in die-
ser Richtung wirken, damit endlich ein-
mal die aktionsfähige Klassenpartei des
Proletariats erstehen.

Ich erkläre, daß ich die Linie der LO
für richtig halte, mich der KPOe (Link-
soptionellen) anschließen und in ihrem Sinne
nach Kräften arbeiten werde.

Holba Josef, Schuharbeiter, XXI.

- Betriebsorganisation XII-V. Jeden Freitag
abends im bekannten Lokal.
Betriebsorganisation XVI. Jeden Freitag
abends im bekannten Lokal.
Betriebsorganisation XVIII. Jeden Donnerstag,
8 Uhr, im bekannten Lokal.
Betriebsorganisation XX. Jeden Dienstag um
halb 8 Uhr im vereinbarten Lokal.
Betriebsorganisation XXI. Jeden Freitag abends
im bekannten Lokal.
Betriebsorganisation Graz: Auskünfte, Zu-
schriften an die «Arbeiter-Stimme»
werden entgegengenommen jeden Donnerstag,
7 bis 8 Uhr abends, im kommunikativer Eggen-
berg, Rochelgasse 32.

Preßfond: Graz Block Nr 13: S 960.

Arbeiterkulturbund
„Spartakus“

Bildungsabend: Montag, 13. Mai, 1/8 Uhr, in
Adm. des Gasthaus, XVI, Haaserstraße 46.
21. Mai: Badausflug nach Zinkbach.
Wenn nicht Badewetter, so von dort aus Nach-
mittagspartie nach Vereinbarung.
28. Mai: Wie am 21. Mai.

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und verant-
wortlicher Redakteur im Auftrag der Kommu-
nistischen Partei Oesterreichs (Linksoption-
ellen): Max Spitzschütz, Arbeiter, Wien,
XVI, Saucergasse 27. Druck: einvas, Wien,
VII.